

Lobbyisten, die in Brüssel ausschließlich für die Interessen ihres Unternehmens oder ihrer Einrichtung kämpfen, bekommen keinen Termin bei den Kommissaren. Deshalb heißt es Netzwerke bilden und sich mit Gleichgesinnten zusammenschließen.

Foto: Vossberg / VISUM



Flagge zeigen

Lobbyisten in Brüssel: Als Informationsbeschaffer, Netzwerker und Event-Manager sind sie fürs Land, die Kommunen und Unternehmen mit Fingerspitzengefühl bei der EU tätig – **VON UWE ROTH**

Im Land wird ihr Arbeitsplatz als „Horchposten“ gesehen mit der Aufgabe, ein „Frühwarnsystem“ zu betreiben. bwWoche hat einige Vertreter in Brüssel besucht. Wichtigste Argumente für Lobbying in Brüssel: Allianzen schmieden, Verbündete suchen. Wer allein die eigenen Interessen im Kopf hat, bekommt bei den Kommissaren keinen Termin.

Vor der Eingangstür der Rue Belliard 60–62 muss man manchmal Schlange stehen, um am Bild des Ministerpräsidenten vorbei in die baden-württembergische Exklave zu gelangen. Das Warten ist kein pures Vergnügen bei dem ungeheuren Verkehrslärm auf der vierspurigen Straße, die das EU-Viertel von West nach Ost durchschneidet. Aber die Gäste warten an diesem Sommerabend trotzdem gerne auf Einlass in die Landesvertretung. Die Stallwächterparty hat im Eurokratenviertel Tradition und ist ein jährlicher Fixtermin im Kalender viel beschäftigter Menschen, die in irgendeiner Beziehung zu Baden-Württemberg stehen – oder auch nicht. Prominente und weniger Prominente schauen vorbei, weil es wichtig ist, auf der Einladungsliste zu stehen und bei den Events der Baden-Württemberger „aufzutauchen“, vielleicht auch lediglich für 30 Minuten.

800 Menschen flanieren durch die Räume, den Lichthof und den Garten an der Rückseite des Bürogebäudes. Landfrauen aus Ludwigsburg sind da, servieren Salzkuchen; die Jungs von der Jugendfeuerwehr Gerlingen achten am Grill darauf, dass nichts anbrennt, und drücken gerade Günter Verheugen eine Bratwurst im Brötchen und mit Senf in die Hand. Wahrscheinlich wissen die jungen Männer gar nicht, dass sie gerade den Industriekommissar vor sich haben, einen der einflussreichsten deutschen EU-Politiker. Der Europaabgeordnete Rainer Wieland hat den Auslandsinsatz der Jugendfeuerwehr seines Heimatorts ausgelöst. Hier kann der CDU-Politiker mal zeigen, dass diese an seiner Basis gerne gescholtene EU in einem durchaus seriösen Umfeld stattfindet und eben kein undurchsichtiger Eurokratenschwungel ist, den man mit der politischen Subsidiaritäts-Machete durchforsten muss.

Günter Verheugen hat keine Chance, seine Wurst in Ruhe zu essen. Ständig pirscht sich ein Partygast an ihn heran, um ohne eine Wochen dauernde Terminzusage mit dem EU-Kommissar ein paar Worte unter vier Augen zu reden. Dann wird Verheugen von Richard Arnold ins Schlepptau genommen. Er leitet seit dem Jahr 2000 die Repräsentanz der Landesregierung in Brüssel. Dass diese in der EU-Politzszenen als attraktiver Treffpunkt gilt, sei das Ergebnis „intensiver Markenpflege“, wie er betont. „Am guten Ruf von Baden-Württemberg müssen wir unablässig hart arbeiten.“ Ein Glas Trollinger, ein paar Maultaschen seien sicher kein überzeugendes Motiv, sich für einen netten Abend in der Landesvertretung zu entscheiden. „Wir müssen für die Leute hier in Brüssel wichtig sein.“ Ansonsten kämen lediglich die einfache Riege sowie ein hungriges Heer aus Praktikanten.

Zahl der Repräsentanzen geradezu explodiert. „Der Konkurrenzdruck ist groß geworden“, stellt Richard Arnold fest. Waren früher die EU-Bediensteten gottfroh, wenn überhaupt jemand mit einer Veranstaltung etwas Abwechslung in das abends eher trostlose EU-Viertel brachte, prasseln auf die wirklich Wichtigen unter den Entscheidern heute die Einladungen nur so herein. „Mit der EU-Erweiterung ist die Zahl der Repräsentanzen geradezu explodiert. Der Platz im Europaviertel wird knapp“, sagt Arnold. Bei ihm liegen Angebote auf dem Tisch, in denen händeringend nach Immobilien gesucht wird und für das landeseigene Gebäude an der Rue Belliard hübsche Summen geboten werden.

Und alle wollen auf sich aufmerksam machen und Zugang zum Berlaymont finden, der sternförmigen Zentrale der EU-Kommission an der Rue de la Loi. Während die Zahl der Vertreter aus den Mitgliedstaaten und darüber hinaus unablässig wächst, stagniert die der Kommissionsbeamten, weil die Regierungen hart den Daumen auf die Personalkosten halten. Die europäischen Regionen (in Deutschland die Bundesländer) haben 230 Büros in Brüssel, dazu kommen 50 kommunale Vertretungen. Die Zahl ihrer Akteure wird auf 3700 geschätzt. Von den Lobbyisten aus den Unternehmensberatungen, Konzernen, Verbänden und Nichtregierungsorganisationen einmal abgesehen – es ist auch so eng geworden im Dunstkreis der EU-Institutionen.

„Früher konnten wir einen Kommissionsmitarbeiter ohne Terminabsprache aufsuchen“, sagt Arnold. Das aber sei nun völlig unmöglich. Die EU-Kommission kann sich ihre Gesprächspartner aus der Vielzahl der Anfragen herauspicken. Die Beamten hätten sehr wohl ein Gespür dafür entwickelt, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden, sagt nicht allein der oberste Landesvertreter, sondern auch Stefan Zeltner von der EnBW. Der Energieversorger aus Karlsruhe hat seine Repräsentanz im fünften Stock der Landesvertretung eingerichtet.

Ohne Verbündete keine Chance. Die Kommissionsbeamten seien in der Regel erstaunlich gut informiert. „Die wissen, wovon sie reden“, sagt Zeltner, der seit drei Jahren für die EnBW arbeitet und davor Mitarbeiter einer Europaabgeordneten war. Wer mit getürkten Informationen versuche, die Kommission zu manipulieren, falle damit in den meisten Fällen auf die Nase. „Einen Termin bekomme ich nur, wenn ich einen Mehrwert zu bieten habe, beispielsweise einen kompetenten Experten zu einem komplizierten Thema.“ Mit einem Sonderfall, der ausschließlich das eigene Unternehmen betreffe, brauche man erst gar nicht zu kommen. Für so was bleibe die Tür zu.

„Sie müssen Verbündete suchen und gemeinsam nachweisen, dass Ihr Anliegen eine europäische Relevanz hat.“ Das sagen nicht allein Richard Arnold und Stefan Zeltner, sondern wird auch von David Linse bestätigt. Der Absolvent der Verwaltungshochschule in Kehl vertritt seit drei Jahren die Kommunen aus Baden-Württemberg in Brüssel. „Es bringt nichts, immer nur mit deutschen Partikularinteressen aufzutreten“, hat er die Erfahrung gemacht. Dass dies in der

Heimat nicht immer von allen verstanden werde, von denen sie als Interessensvertreter nach Brüssel geschickt worden seien, lassen alle Gesprächspartner durchblicken.

„Wir sind wichtig“ und mit dem Kopf durch die Wand seien jedoch falsche Strategien. „Man muss zu Hause klar machen, es ist besser, sich mit 90 Prozent zufriedenzugeben, als 100 Prozent zu verlieren.“ Um überhaupt Erfolge zu haben, hält es David Linse für geboten, „deutsche Positionen nicht auseinanderdriften“ zu lassen. Was leicht passiert, denn jedes Bundesland hat Kommunalvertreter in Brüssel, neben dem Land ist inzwischen auch der Bundestag in Brüssel mit einem Büro vor Ort, und die 14 Europaabgeordneten aus dem Land vertreten ebenfalls noch ihre Positionen. Alle Meinungen gestapelt, sind für die EU-Kommission unverdaulich: Was wollen die Deutschen eigentlich? Zurück auf Los.

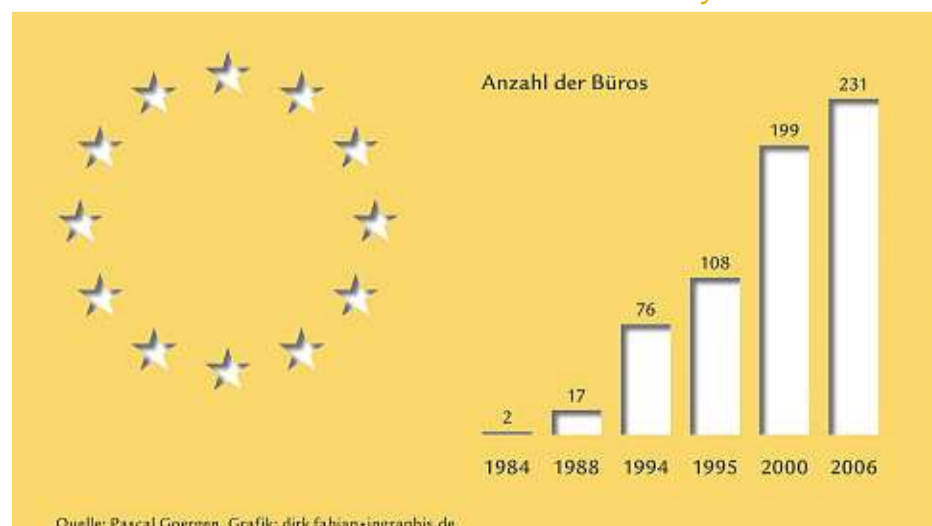
Solidarität zwischen Metropolregionen. Die Region Stuttgart betreibt seit fünf Jahren eine eigene Außenstelle im EU-Viertel. Die ist sogar besser besetzt als das Büro der kommunalen Spitzenverbände aus Baden-Württemberg. Während dort Verbündete hauptsächlich in den Bundesländern gesucht werden, setzt Regionaldirektor Bernd Steinacher (CDU) auf die Solidarität europäischer Metropolregionen. Diese haben sich zu einem Netzwerk namens Metrex formiert, dessen Präsident Steinacher ist. Internationale Kooperationspartner sind nicht allein dienlich, um an europäische Fördermittel zu kommen. „Sie erleichtern auch die Lobbyarbeit“, sagt der Regionaldirektor.

Die „High-Tech-Region Stuttgart“ hat „spezielle Interessen“, die von den Mitarbeitern im Kommunalbüro in Brüssel nicht abgedeckt werden, betont Steinacher. Während David Linse sowohl die Anliegen großer Landkreise wie auch die von Gemeinden aus dem ländlichen Raum zu berücksichtigen hat, die manchmal nicht unter einen Hut zu bekommen sind, können sich die Mitarbeiter der Region Stuttgart in Brüssel ganz auf die Belange eines hoch industrialisierten Ballungszentrums konzentrieren. Das erleichtert ihre Arbeit.

Die Aufträge der verschiedenen Baden-Württemberg-Vertreter in der EU-Hauptstadt, unterscheiden sich. Doch mindestens eines ist ihnen gemeinsam: Manchmal vermissen sie die Anerkennung ihrer Arbeit. Regelmäßig schicken sie Newsletter und Berichte ins Land, damit zu Hause niemand behaupten kann, man habe von einer „drohenden“ Richtlinie mal wieder nichts gewusst. Sie laden aus der Heimat Vertreter nach Brüssel ein, damit diese interessante EU-Repräsentanten kennen lernen können. Doch vieles von dem Gehörten scheint auf dem Nachhauseweg wieder zu versickern. Man müsse gesamteuropäisch denken lernen, um eigene (nationale) Interessen so formulieren zu können, dass sie in Brüssel überhaupt eine Chance haben, betonen langjährige Lobbyisten. Das aber scheine außerhalb der EU-Szene lediglich wenigen zu gelingen.

Die „Exil-Baden-Württemberger“ in Brüssel machen unermüdlich weiter. „Wir haben bei uns einen Think-Tank in der Landesvertretung eingerichtet“, berichtet Richard Arnold. Wöchentlich treffen sich seine Mitarbeiter, darunter Vertreter aus allen Ministerien, um Ideen auszubrühen, mit denen Baden-Württemberg auf sich aufmerksam machen kann. Die Arbeit sei politischer geworden, sagt Arnold, was noch mehr Fingerspitzengefühl erfordere. Wenn Minister und Spitzenbeamte aus Stuttgart einfliegen und wie selbstverständlich einen Termin mit einem Kommissionsmitglied erwarten, ist ihnen sicher nicht immer bewusst, dass nicht ihre Person der Türöffner war, sondern die Markenpfleger aus der Rue Belliard 60–62.

Die Zahl der Vertretungen aus den europäischen Regionen in Brüssel ist stark gestiegen. Hinzu kommen noch 50 Büros von kommunalen Lobbyisten.



Klicken statt tippen: Die Links finden Sie auch unter www.bwHeute.de

Vertretung des Landes bei der EU: www.stm.baden-wuerttemberg.de/Die_Vertretung_des_Landes_Baden-Wuerttemberg_bei_der_Europaeischen_Union_in_Bruessel/103591.html

Europabüro der baden-württembergischen Kommunen: www.europabuero-bw.de

Europabüro der Region Stuttgart: <http://eu.region-stuttgart.de/europabuero/service/>